

Thema: Wirtschafts- und Finanzpolitik

Für eine kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik, die den Menschen dient

Die Kommunen sind das Herz unserer Gesellschaft – hier wird entschieden, wie wir zusammenleben, arbeiten und unsere Lebensqualität gestalten. Doch seit Jahren ist zu beobachten, wie die neoliberale Wirtschaftspolitik auch auf kommunaler Ebene zunehmend negative Auswirkungen zeigt. Immer mehr öffentliche Einrichtungen werden geschlossen, die Infrastruktur verfällt, und die Städte und Gemeinden sind mit immer höheren Schulden belastet. Die Verantwortung für diese Situation liegt bei einer Politik, die den Interessen von Konzernen und Großinvestor:innen folgt, anstatt die Bedürfnisse der Menschen vor Ort in den Mittelpunkt zu stellen.

Die Linke fordert einen grundsätzlichen Wandel in der kommunalen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Unser Ziel ist eine Wirtschaft, die den Menschen dient, den sozialen Zusammenhalt stärkt und ökologische Nachhaltigkeit gewährleistet. Wir setzen auf solidarische und demokratische Lösungen, die den öffentlichen Sektor stärken und zugleich eine gerechte Finanzierung ermöglichen.

Forderungen der Linken für eine gerechte und nachhaltige kommunale Wirtschafts- und Finanzpolitik:

1. Soziale und demokratische Wirtschaft

- Die Kommunen sollen eine aktive Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen, wobei der Fokus auf sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Nachhaltigkeit und demokratischer Mitbestimmung liegt.
- Öffentliche Betriebe, die dem Gemeinwohl dienen, sollen ausgebaut werden, insbesondere in den Bereichen Energieversorgung, Wohnen und Daseinsvorsorge.

2. Stärkung der kommunalen Finanzen

- Die Linke fordert eine deutliche Erhöhung des Steueranteils der Kommunen von derzeit 23 Prozent auf 28 Prozent, um die finanziellen Spielräume vor Ort zu erweitern.
- Eine Reform der Gewerbesteuer hin zu einer Gemeindewirtschaftssteuer soll private Einkünfte in den Kommunen erfassen und zu einer jährlichen Mehreinnahme von 25 Milliarden Euro führen.
- Die Grundsteuer ist neben der Gewerbesteuer die einzige bundeseinheitlich geregelte, originäre Kommunalsteuer, bei der Städte und Gemeinden über ein eigenständiges Hebesatzrecht verfügen. Die durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 gebotene Reform der Grundsteuer muss drei Funktionen erfüllen: Erstens ist die Steuerlast sozial gerecht zu verteilen. Da unter den heutigen Umständen die Frage des ausreichenden und bezahlbaren Wohnraums eine der wichtigsten sozialen Fragen in Ballungsgebieten ist, darf eine Reform der Grundsteuer Mieterinnen und Mieter nicht zusätzlich belasten. Nichtprofitorientierte Wohnungsunternehmen sollen von der Grundsteuer befreit werden. Zweitens sind Kommunen vor Steuerausfällen zu schützen, indem die Grundsteuer verfassungsfest ausgestaltet wird. Dabei ist die Souveränität der Kommunen derart zu gewährleisten, dass sie durch ein kommunales Hebesatzrecht für eine Aufkommensneutralität der Grundsteuerreform auf Gemeindeebene sorgen können. Um einen Impuls zur Bekämpfung von Grundstücksspekulation zu setzen, müssen

unbebaute aber baureife Grundstücke bei Bedarf stärker belastet werden. Die vom Bundesverfassungsgericht geforderte Grundsteuerreform, die ab 2025 erstmals zum Tragen kommt, belastet in NRW die Wohngrundstücke deutlich stärker als Geschäftsgrundstücke. Um diese stärkere Belastung von Wohngrundstücke zu vermeiden, hat das Land NRW per Gesetz den Städten die Möglichkeit gegeben, die Hebesätze der Grundsteuer B für Wohn- und Geschäftsgrundstücke zu differenzieren. Damit können Kommunen nun Kostenexplosionen bei den Wohngebäuden vermeiden und stattdessen die Entlastung bei den Gewerbeimmobilien reduzieren. Wir unterstützen dieses Vorgehen. Für den Fall, dass das Landesmodell mit dem differenzierten Grundsteuerhebesatz vor Gericht für verfassungswidrig erklärt werden sollte, fordern wir, dass das Land die möglichen Steuerausfälle der Städte ausgleicht. Darüber hinaus wollen wir die Umlagefähigkeit der Grundsteuer B im Rahmen der Betriebskostenverordnung aufheben. Die Grundsteuer B ist bislang voll umlagefähig und wird den Mieter:innen bei den Mietnebenkosten damit auch voll umfänglich in Rechnung gestellt. Das trifft viele Menschen, die mit immer weiter erhöhten Mieten zu kämpfen haben und zurecht Sorge haben vor einem Nebenkosten-Hammer im Zuge der Grundsteuerveränderungen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Grundsteuer B ausschließlich von den Eigentümer:innen entrichtet wird.

- Ferner wurde mit der Grundsteuerreform die Grundsteuer C wieder eingeführt. Hierbei handelt es sich um eine Grundsteueroption der Kommunen für baureife aber noch nicht bebaute Grundstücke. Die Kommunen haben also die Möglichkeit diesen gesonderten Hebesatz zu erheben, sind allerdings nicht verpflichtet. Wir unterstützen die Einführung Grundsteuer C, wird den Kommunen damit doch ermöglicht, im Falle des Mangels an Bauland dessen spekulativ motivierter Zurückhaltung entgegenzuwirken.
- Steuerpolitik muss gerechter werden: Wir fordern die Einführung einer Millionärssteuer, die Reform der Erbschaftsteuer sowie eine gerechte Besteuerung von Unternehmen, um die Kommunen nachhaltig zu finanzieren.
- Das Konnexitätsprinzip einhalten: Bundes- und Landesregierung haben den Kommunen Aufgaben übertragen, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Das muss sich ändern. Wir fordern: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

3. Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge

- Es müssen endlich ausreichende Mittel für Investitionen in Schulen, Kitas, Straßen, öffentlichem Nahverkehr und Wohnraum bereitgestellt werden. Bund und Land NRW dürfen die Kommunen nicht allein lassen.
- Rekommunalisierungen privatisierter öffentlicher Einrichtungen wie Stadtwerke und Wohnungsbaugesellschaften müssen erfolgen, um sie wieder dem Gemeinwohl zugänglich zu machen.
- Eine konsequente Bodenpolitik soll verhindern, dass öffentlicher Grund und Boden in private Hände gelangt. Nutzungsrechte für Gewerbeflächen sollen im Erbbaurecht vergeben werden.

4. Abbau der kommunalen Altschulden

- Die Linke fordert die Einrichtung eines Altschuldenfonds, um die Schulden der Kommunen zu übernehmen. Dies betrifft insbesondere Regionen, die von Strukturwandel und Arbeitslosigkeit betroffen sind.

- Der Bund und das Land müssen Verantwortung übernehmen und gemeinsam mit den Kommunen die notwendige finanzielle Entlastung leisten, um zukünftige Investitionen zu ermöglichen.

5. Stärkung der kommunalen Wirtschaft und des Gemeinwohls

- Die Förderung von genossenschaftlichen Betrieben und die Schaffung kommunaler Eigenbetriebe sollen den Städten und Gemeinden wirtschaftliche Autonomie und soziale Verantwortung ermöglichen.
- Kommunale Unternehmen sollen nicht nur wirtschaftlich erfolgreich sein, sondern auch soziale Verantwortung übernehmen, etwa durch die Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum und ökologisch nachhaltigen Produkten.

6. Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt

- Es müssen ein bedarfsgerechtes, öffentliches Gesundheitswesen und eine soziale Infrastruktur geschaffen werden. Öffentliche Krankenhäuser und städtische Gesundheitsdienste sind unverzichtbare Bestandteile eines gerechten Systems.
- Gute Arbeit in der öffentlichen Verwaltung: Kommunale Betriebe sollen als Vorbilder für faire Bezahlung, Mitbestimmung und eine integrative Arbeitskultur dienen.

7. Öffentliche Daseinsvorsorge als gesellschaftliche Aufgabe

- Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden, da eine öffentliche Daseinsvorsorge im besten Interesse der Bevölkerung liegt.
- Kommunale Unternehmen sollen demokratisch kontrolliert werden, indem die relevanten gesellschaftlichen Gruppen in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Für eine gerechte Zukunft in den Kommunen

Die von der Linken vorgeschlagene Wirtschafts- und Finanzpolitik für die Kommunen zielt darauf ab, die soziale, wirtschaftliche und ökologische Zukunft vor Ort aktiv zu gestalten. Es geht um den Aufbau einer gerechten Gesellschaft, in der die Kommunen als starke Akteure in einer solidarischen und nachhaltigen Wirtschaft wirken. Dies erfordert nicht nur Investitionen und eine gerechte Steuerpolitik, sondern auch eine konsequente Neuausrichtung hin zu einer kommunalen Wirtschaft, die den Bedürfnissen aller Menschen dient.